

=====

DER HAUPTFEIND EINES JEDENS VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!

(Karl Liebknecht)

=====

DER SPARTAKIST

=====

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

=====

Jänner 1953

Nr. 72

Preis S 2.-

=====

Zu den Nationalratswahlen

WIR STIMMEN FÜR DIE LISTE DER SP!

=====

Von den Führungen der beiden großen Koalitionsparteien war in den letzten Jahren immer wieder betont worden, daß es notwendig sei, die Koalition zumindest solange aufrechtzuerhalten, als Österreich besetzt ist. Die Koalition wurde als "staatspolitische Notwendigkeit", als das wichtigste Mittel zur Sicherung der Demokratie gegen einen volksdemokratischen Umsturz bezeichnet. Einer oberflächlichen Betrachtungsweise lag darum scheinbar, daß den Gegensätzen zwischen SP und VP, die zur vorzeitigen Ausschreibung von Neuwahlen geführt haben, keine tiefere Bedeutung zukommt; daß es sich um Cliquengegensätze zwischen den Führungen von SP und VP, nicht aber um ernsthafte politische Gegensätze handelt. Das behauptet bekanntlich die Stalinpartei. Diese Auffassung ist unrichtig. Die von der Stalinpartei bagatellisierten oder überhaupt geleugneten Gegensätze bestehen; es sind in Wirklichkeit Klassengegensätze und sie wiegen so schwer, daß spätere Betrachter die Februarwahlen vielleicht mit einem Wendepunkt in der österreichischen Innenpolitik zusammenfallen sehen werden.

Kamitzprogramm und Sozialreform

Unmittelbarer Anlaß der Regierungskrise war das von Finanzminister Kamitz, dem besonderen Vertrauensmann der Banken und Großunternehmer, vorgeschlagene Budget 1953. Mit dem Jahre 1952 waren die Dollarzuwendungen des amerikanischen Imperialismus an Österreich fast zuende gegangen; Kamitz will das durch Streichung größerer Beträge für langfristige Investitionen und für die Sozialversicherung ausgleichen. "Nur soviel ausgeben, als eingenommen wird!" Trotzdem er sehr "für's Sparen" ist, sieht sein Budgetentwurf gleichzeitig bedeutende Steuergeschenke an die Unternehmer vor. "Wer mehr leistet als die anderen, soll dafür nicht noch durch erhöhte Steuern bestraft werden!" Und das ganze - Streichung von für langfristige Investitionen und für Sozialversicherungszwecke bestimmten Beträgen - nennen Kamitz und die VP eine gesunde Politik

der Festigung der Währung, und die SP, die das Kamitzprogramm nicht akzeptieren will, wird von der VP bezichtigt, für eine inflationistische Politik einzutreten.

Das Kamitzprogramm ist der bisher gefährlichste kapitalistische Vorstoß seit 1945. Die Sozialversicherung ist das Kernstück der österreichischen Sozialgesetzgebung. Diese - 1919/20 entstanden und 1945/46 nur noch unwesentlich erweitert - war der Preis, um den sich die von der SP geführte Arbeiterklasse die Revolution abkaufen ließ. Die Sozialreform hebt die dem Kapitalismus immanenten Widersprüche nicht auf; das kann keinerlei Reform. Aber sie mildert die ärgsten Auswüchse; der Kapitalismus soll den Arbeitern erträglich gemacht werden. Doch diese Politik - die Politik des Reformismus - bedingt eine Wirtschaft, die über Reserven genug verfügt, um nicht nur die Oberschicht der Arbeiter kaufen, sondern die ganze Arbeiterklasse bestechen zu können. Die österreichische Sozialreform war in einem Lande zur Welt gekommen, das einen Weltkrieg verloren hatte. Mit der Rückkehr zu "normalen" kapitalistischen Verhältnissen waren nach 1920 die Vorstöße der Bourgeoisie immer heftiger geworden, um die Sozialgesetzgebung zu zertrümmern, und als es ihr gelungen war, die Arbeiterklasse zurückzudrängen und schließlich niederzuwerfen, hat sie es auf ein für sie erträgliches Maß reduziert. Die österreichische Sozialreform trägt deshalb von Anbeginn an einen Widerspruch in sich. Sie soll die Arbeiter mit dem Kapitalismus aussöhnen; doch ihr Inhalt kann vor den Angriffen der Bourgeoisie nur durch eine konsequente sozialistische Politik verteidigt werden.

Es ist kein Zufall, daß die Bourgeoisie ihren Angriff gegen die Sozialversicherung mit einer Politik kombiniert, deren Ergebnis eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit sein muß. Die Existenz einer permanenten industriellen Reservearmee spaltet die Arbeiterklasse, macht sie aktionsunfähig, ebnet weiteren Vorstößen der Bourgeoisie den Weg.

Die Bourgeoisie rechnet mit der politischen Unterstützung durch den amerikanischen Imperialismus. Der Sieg Eisenhowers hat dessen Bereitschaft verstärkt, die reaktionärsten Parteien zu unterstützen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es durchaus möglich, daß die Koalition aufhört, eine vom amerikanischen Imperialismus protegierte "staatspolitische Notwendigkeit" zu sein und daß die VP, wenn die SP nicht pariert, eine Kombination mit dem VdU versucht. Das aber wäre ein ernster Schritt in der Richtung zur offenen Diktatur. Die Arbeiterklasse muß sich gegen die Politik des Monopolkapitals, die sich im Kamitzprogramm deutlich genug abzeichnet, rechtzeitig wehren, wenn sie nicht abermals unter die Räder kommen will.

Der Widerstand der SP

So wie 1918/20 hat die SP auch in den ersten Jahren nach 1945 keine Kapitalisten in Österreich gesehen. Jetzt sagt sie selbst, daß die gesamte österreichische Wirtschaft durchkartellisiert sei; jetzt spricht sie von der Bankenherrschaft in Österreich und von der Bankenpolitik der VP. Sie sieht jetzt auf einmal, was sie jahrelang nicht sehen wollte, weil die Politik der Bourgeoisie sich nun gegen die SP selbst zu wenden beginnt. Die VP läßt durchblicken, daß es garnicht so ausgemacht sei, daß es nach den Wahlen abermals zu einer Koalition mit der SP kommen werde; sie deutet an, daß eine parlamentarische Mehrheit vielleicht auch mit dem VdU möglich sei; wenn aber mit der SP, dann nur unter der Bedingung, daß die SP noch gefügiger als bisher werde. "Schluß mit dem Proporzbazillus!", rief Raab aus und sagte damit, daß die VP ihre Positionen in Regierung und Verwaltung noch stärker als bisher auf Kosten der SP ausbauen

will. Vor allem aber soll die SP das Kamitzprogramm und noch einige andere Forderungen - neuerliche Erhöhung der Mietzinse, konfessionelle Schule, reaktionäre Ehegesetzgebung - akzeptieren.

Die 1945 zusammen mit der bürgerlichen Demokratie wiederhergestellte Sozialgesetzgebung ist die Existenzgrundlage der SP; ihr verdankt sie die Gefolgschaft der Arbeiterklasse. Nach 1945 wurde ein Teil der Kosten der Sozialversicherung aus Mitteln der Marshallplanhilfe bezahlt; damit ist es nun aus. Auf dem SP-Parteitag sagte darüber Schärf: "Die Koalitionspolitik der letzten Jahre hat sich zu einem großen Teil deshalb so reibungslos abgespielt, weil die Kosten vom Ausland getragen wurden. Nun wird es nötig sein, die Kosten aus österreichischen Mitteln zu tragen - und das wird unserer Politik und das wird mancher Auseinandersetzung zwischen uns und der VP einen anderen Charakter geben....". Die Aufrechterhaltung der Sozialversicherung in ihrem gegenwärtigen Zustand ist mit einer Massenarbeitslosigkeit unvereinbar. Beides, die Überwälzung der Kosten der Sozialversicherung und eine lang andauernde Arbeitslosigkeit, muß den Massenanhang der SP zersetzen und der SP den Boden unter den Füßen entziehen. Das weiß die SP; darum wehrt sie sich gegen das Kamitzprogramm. Aber sie wehrt sich dagegen mit rein parlamentarischen Mitteln; die einzige Waffe, die sie gebrauchen will, ist der Stimmzettel. Darum wird der Widerstand der SP, wenn sie sich auf diese eine Waffe beschränkt und nicht zum außeparlamentarischen Kampf übergeht, mit einer Niederlage der Arbeiterklasse enden.

Die stalinistische "Volksopposition"

Wir haben erwähnt, daß die Stalinpartei die zwischen SP und VP zutage getretenen Gegensätze einfach negiert. Die "Volksstimme" behauptet, "es handle sich um ein von den Führungen von SP und VP inszeniertes Theater". Im Geheimen sei ausgemacht, daß die Koalition zwischen SP und VP fortgesetzt werde; die Frage sei nur, ob Regierung Figl-Schärf oder Regierung Schärf-Figl - das aber könne den Arbeitern ebenso gleichgültig bleiben wie die Frage, ob der VdU seine stille Partnerschaft innerhalb der Koalition in eine offene umwandle oder nicht. Vom Standpunkt der österreichischen Arbeiterklasse ist diese Argumentation unsinnig und schädlich. Jedoch vom Standpunkt der außenpolitischen Interessen der Kremld clique (und diesen Standpunkt vertritt in Wirklichkeit die KPÖ) ist diese Argumentation begründlich: in Bezug auf die österreichische Außenpolitik besteht zwischen SP und VP höchstens die Differenz, daß die Führung der SP bis jetzt noch eifriger als diejenige der VP die proamerikanische Linie vertreten hat.

Der Stalinpartei geht es ausschließlich um den außenpolitischen Kurs Österreichs. Sie ist zu den größten Konzessionen auf Kosten der Arbeiter bereit, wenn sie damit eine außenpolitische Wendung der österreichischen Bourgeoisie erkaufen kann. Sie hat zu diesem Zweck sogar eine Wahlgemeinschaft mit verlumpten und karrierelüsternden Grüppchen und Elementen der Bourgeoisie - mit der "Demokratischen Union" des ehemaligen Dollfußministers Dobretsberger - geschlossen; sie befindet sich nun selbst in Koalition mit einer bürgerlichen Gruppe. Das Wahlprogramm der "Volksopposition" enthält nicht eine einzige sozialistische Parole oder Forderung. Ja, es versichert ausdrücklich, daß alle seine Forderungen verwirklicht werden können ohne Änderung der sozialen Struktur Österreichs. Das Wahlprogramm der "Volksopposition" akzeptiert die "soziale Struktur" des Kapitalismus; außer der Forderung nach einer Wendung der

Außenpolitik sind die übrigen Forderungen des Programms unernst, ein Köder zum Wählerfang, denn sie können nur durch den außerparlamentarischen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie verwirklicht werden. Ihren Unernst zeigen diese Forderungen auch dadurch, daß sie unrealistisch, daß sie nach der üblichen Art der Stalinisten hinaufgezitiert sind. Die Stalinpartei, in absoluter Abhängigkeit von der sowjetischen Besatzungsmacht, erweist sich als unfähig, den außerparlamentarischen Kampf der Arbeiterklasse zu organisieren. Ihre außerparlamentarischen "Aktionen" beschränken sich auf das Sammeln von Unterschriften für ihre "Friedens"resolutionen und auf das Stellen von Staffage für diverse stalinistische Paradekongresse.

Die überwiegende Mehrheit der österreichischen Arbeiter lehnt die Stalinpartei wegen ihres Kadavergehorsams der sowjetischen Besatzungsmacht gegenüber ab. Die Stalinpartei fürchtet um ihr Grundmandat; und diese Furcht war einer der Gründe, die sie zur Bildung des als "Volksopposition" getarnten Wahlsammelsuriums getrieben haben. Man braucht kein Prophet zu sein, um jetzt schon voraussagen zu können, daß die von der "Volksstimme" auf "Es muß anders werden in Österreich!" umgemünzte altösterreichische Forderung, daß etwas geschehen muß, wenig Aussicht hat, am 22. Februar erfüllt zu werden - soweit es auf die "Volksopposition" und die Stalinpartei ankommt.

Wir stimmen für die Liste der SP!

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich für uns? Wir müssen mithelfen, den Vorstoß der Bourgeoisie abzuwehren. Wir müssen an der Schaffung solcher Bedingungen mitarbeiten, die es der Arbeiterklasse erlauben, den Angriff der Bourgeoisie abzuwehren und selbst zum Angriff überzugehen.

Die SP reduziert den Kampf zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse auf eine parlamentarische Auseinandersetzung; das höchste, wozu sie sich aufschwingt, ist der Appell an den Stimmzettel. Wir lehnen weder die parlamentarische Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie, noch die Waffe des Stimmzettels ab. Aber wir wissen, daß die wirklichen Entscheidungen im Klassenkampf nicht im Parlament und nicht bei den Wahlen fallen, sondern im außerparlamentarischen Kampf der Klassen. Unsere Aufgabe ist, mitzuhelfen, den Gedanken des außerparlamentarischen Kampfes den Arbeitern wieder vertraut zu machen. Von diesem Gesichtspunkt aus beteiligen wir uns an den Wahlen zum bürgerlichen Parlament. Wir müssen mithelfen, solche Bedingungen herbeizuführen, die den außerparlamentarischen Kampf der Arbeiterklasse erleichtern. Es ist nicht gleichgültig, wie das Parlament zusammengesetzt ist. Ein reaktionäres Parlament kann Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter beschließen; ein Parlament, in dem die kapitalistische Reaktion geschwächt vertreten ist, kann verhindern, daß sich die Reaktion das Mäntelchen der Legalität umhängen kann.

Der ganzen Lage der Dinge nach haben wir nur die Möglichkeit, und dafür zu entscheiden, entweder für die SP oder die KP zu stimmen. Wir wissen, was uns von diesen beiden Parteien trennt. Wir wissen, daß es sich um revolutionsfeindliche, tief opportunistische Arbeiterparteien handelt; die eine durch und durch verbürgerlicht, die andere ein skrupelloses Werkzeug in der Hand der Sowjetbürokratie. Doch in diesem Wahlkampf geht es nicht um die Revolution und nicht um den Sozialismus, sondern um die vorläufige Vereitelung der Angriffe der Bourgeoisie gegen die Lebenshaltung der Arbeiterklasse.

Wir werden für die Liste der SP stimmen! Die SP vertritt in ihrem Zehn-Punkte-Programm bestimmte Teilinteressen der Arbeiterklasse. Sie vertritt sie rein parlamentarisch; der Gedanke des außerparlamentarischen Klassenkampfes ist ihr fremd. Aber je stärker die SP wird, desto größer der Widerspruch zwischen dem, was sie in Worten vertritt und dem, was sie zu dessen Durchsetzung tut. Je größer dieser Widerspruch, desto leichter wird es, die Arbeiter zu überzeugen, daß sie, wenn auch unter Führung der SP, die parlamentarische Aktion durch den außerparlamentarischen Kampf unterstützen müssen. Der außerparlamentarische Kampf aber hat eine eigene Logik; er wird den Differenzierungs- und Klärungsprozeß innerhalb der Arbeiterklasse antreiben und beschleunigen; in ihm werden wir mehr revolutionäre Elemente finden als in hundert Diskussionszirkeln.

Aber vertritt nicht auch die Stalinpartei gewisse Teilinteressen der Arbeiter? Und verlieren wir nicht den Gesichtspunkt der Verteidigung der SU aus den Augen, wenn wir für die SP stimmen? Die SP ist ja "amerikanisch"! Stimmen wir da nicht "gegen die SU" und befinden wir uns da nicht in Widerspruch zu unserer Position der Verteidigung der SU gegen den Imperialismus? Die Stalinpartei befindet sich bei diesen Wahlen in Koalition mit einer bürgerlichen Gruppe; sie zeigt, daß ihr die außenpolitischen Interessen der Kremldclique wichtiger als die Interessen der österreichischen Arbeiter sind. Wir aber verteidigen die SU mit den Mitteln und Methoden der proletarischen Revolution, die jedes Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien und Gruppen verbieten. Wir verteidigen sie, indem wir an der Schaffung solcher Bedingungen mithelfen, durch die der außerparlamentarische Massenkampf eingeleitet und erleichtert wird. Wir verteidigen sie, indem wir an der Schaffung einer von Imperialismus und Sowjetbürokratie gleichermaßen unabhängigen Arbeiterbewegung arbeiten.

Mächtige objektive Kräfte werden unsere Bemühungen unterstützen. Die internationale Entwicklung wird den Differenzierungsprozeß innerhalb der Arbeiterklasse in unsere Richtung treiben. Vier Hauptfaktoren sind in ihr derzeit wirksam: die drohende ökonomische Krise in den USA; die wachsende Kriegsgefahr; die fortschreitende koloniale Revolution; die fortschreitende Entlarvung des Stalinismus in den Augen breiter Arbeiterschichten durch die Methoden, deren er sich bei der Austragung interner Machtkämpfe bedient. Alle diese Faktoren werden dazu beitragen, daß auch in Österreich innerhalb der SP eine dem englischen Bevanismus ähnliche Strömung entstehen wird, zu deren Bildung und Beeinflussung wir durch eine richtige Wahltaktik viel beitragen können.

Wenn wir bei dieser Wahl die SP unterstützen, so vergessen wir doch nicht, was uns von ihr trennt. Wir haben keine Illusionen und betreiben keine Versöhnerei. Eine geschmeidige, realistische Taktik, die es uns erlaubt, gemeinsam mit dem Arbeiteranhang der SP den Kampf für die Wiedergeburt der revolutionären Arbeiterbewegung zu führen, wird uns helfen, den Widerspruch zwischen der Reife der objektiven Kampfbedingungen und der Schwäche des subjektiven Faktors zu überwinden.
